



Bundespolizeidirektion
Koblenz



Rheinland-Pfalz

Staatsanwaltschaft Kaiserslautern



**Gemeinsame Pressemitteilung der
Staatsanwaltschaft Kaiserslautern, der
Bundespolizei und des Zolls**

**Koordinierter Schlag gegen Schleuserbande wegen Verdachts
der illegalen Anwerbung von Arbeitskräften aus Moldawien
und Georgien**

Durchsuchungsmaßnahmen in über 40 Objekten

Seit den frühen Morgenstunden des heutigen Dienstag, 14.05.2024, ist ein koordinierter Schlag gegen eine Schleuserbande wegen des Verdachts der illegalen Anwerbung von Arbeitskräften aus Moldawien und Georgien angelaufen. 1169 Einsatzkräfte der Bundespolizei und des Zolls durchsuchen im Auftrag der Zentralstelle für Wirtschaftsstrafsachen der Staatsanwaltschaft Kaiserslautern, die ebenfalls mit mehreren Staatsanwältinnen und Staatsanwälten an den Maßnahmen beteiligt ist, über 40 Objekte in sechs Bundesländern mit Schwerpunkten in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg.

Die Durchsuchungen umfassen sowohl Wohnungen und Geschäftsräume als auch Arbeitnehmerunterkünfte.

Hintergrund der Ermittlungen ist eine Tätergruppierung aus der Vorderpfalz, die im Verdacht steht, über ein Netz aus Personalvermittlungsfirmen eine Vielzahl von Staatsangehörigen aus Nicht-EU-Staaten angeworben und unter Verwendung gefälschter Ausweispapiere nach Deutschland eingeschleust zu haben. Die

STABSSTELLE
ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Patrick Lankeit
V.i.S.d.P.

Südallee 15-19
56068 Koblenz

Tel. +49(0)261 399-4110
Fax: +49(0)261 399-1199

presse.koblenz@polizei.bund.de
www.bundespolizei.de



BUNDESPOLIZEI



Seite 2 von 4

geschleusten, sich mithin illegal in Deutschland aufhaltenden Männer und Frauen sollen in angemieteten Unterkünften untergebracht und zum Zweck der Arbeitsaufnahme an Firmen unterschiedlichster Branchen, z.B. in den Bereichen Logistik und Abfallwirtschaft, in Deutschland als Leiharbeiter weitervermittelt worden sein. Es besteht insoweit auch der Verdacht, dass die Entlohnung der eingeschleusten Arbeiter deutlich unterhalb des gesetzlichen Mindestlohns erfolgt.

Die Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des gewerbs- und bandenmäßigen Einschleusens von Ausländern, der Urkundenfälschung, des Vorenthaltens und Veruntreuens von Arbeitsentgelt sowie der Erwerbstätigkeit von Ausländern ohne erforderlichen Aufenthaltstitel im größeren Umfang richten sich zurzeit gegen insgesamt 23 Beschuldigte. Im Rahmen der Durchsuchungsmaßnahmen wurde umfangreiches Beweismaterial, insbesondere Firmenunterlagen/-aufzeichnungen, diverse Speichermedien wie Laptops und Smartphones sowie gefälschte Ausweisdokumente sichergestellt. Des Weiteren konnten in Durchsuchungsobjekten in Neustadt an der Weinstraße Betäubungsmittel in nicht geringer Menge sowie eine Langwaffe sichergestellt werden.

Es wurden zahlreiche Personen angetroffen und vorläufig festgenommen, da bei ihnen der Verdacht des unerlaubten Aufenthaltes besteht. In Zusammenarbeit mit den zuständigen Ausländerbehörden werden nun aufenthaltsbeendende Maßnahmen für diesen Personenkreis eingeleitet.



Seite 3 von 4

Die Maßnahmen, die von Beamten der Bundespolizeiinspektion Kriminalitätsbekämpfung Frankfurt/Main und des Hauptzollamts Saarbrücken koordiniert wurden, resultieren aus mehrjährigen Ermittlungen der beteiligten Behörden bezüglich der strukturierten und organisierten Täterstruktur und Vorgehensweise. Weitere zeitintensive Ermittlungen, insbesondere Auswertearbeiten des sichergestellten Beweismaterials, sind im Nachgang an die heutigen Maßnahmen zu erwarten.

Ihre Ansprechpartner:

Staatsanwaltschaft Kaiserslautern

Leitender Oberstaatsanwalt

Dr. Gehring

0631-3721-200

E-Mail: stakl@genstazw.jm.rlp.de

Bundespolizeidirektion Koblenz

Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit

Südallee 15-19

56068 Koblenz

Patrick Lankeit

0261-399-4110

E-Mail: presse.koblenz@polizei.bund.de



Bundespolicieidirektion
Koblenz

Seite 4 von 4

Hauptzollamt Saarbrücken
Stabsstelle Kommunikation

Präsident-Baltz-Straße 5

66119 Saarbrücken

Dominik Brach

Telefon: 0681 8308-0031

E-Mail: Presse.HZA-Saarbruecken@zoll.bund.de